

Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Sulzberger, Tauchner und Hafenecker**

betreffend: **Importbeschränkung für deutsches Schweinefleisch**

Der Dioxin-Skandal in Deutschland hat mittlerweile auch massive Auswirkung auf Österreich – derzeit vor allem für die österreichischen Schweinemastbetriebe. Im Jahr 2009 wurden an die 190.000 Tonnen Schweinefleisch – hauptsächlich aus Deutschland importiert. Durch den Dioxin-Skandal in Deutschland kommt der österreichische Schweinemarkt unter massiven Preisdruck. Die österreichischen Schweineverarbeiter nützen die derzeitige Preissituation in Deutschland aus und importieren massiv Schweinefleisch. Das führt dazu, dass die ordnungsgemäß produzierenden österreichischen Schweinebauern nicht nur einen massiven Preisverfall – unverschuldet – hinnehmen müssen, sondern vielfach ihre Schweine seitens der Verarbeitungsbetriebe auch teilweise nicht mehr übernommen werden.

Anfang Jänner wurde in deutschem Schweinefleisch Dioxin festgestellt. China, Südkorea und Russland haben daraufhin sofort ein Importverbot für deutsches Schweinefleisch verhängt. Österreich sollte aus Gründen der Gesundheit der österreichischen Bevölkerung und um einen weiteren Preisverfall bei den österreichischen Erzeugerpreisen zu verhindern ebenfalls ein Importverbot für deutsches Schweinefleisch verhängen.

Zusätzlich sollten seitens der österreichischen Bundesregierung raschest Maßnahmen zur Unterstützung der durch diesen Preisverfall im Schweinebereich unter wirtschaftlichen Druck geratenen Schweineproduzenten gesetzt werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

"Die Landesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, um sicher zu stellen, dass alle erforderlichen Schritte gesetzt werden, damit durch den Import von deutschem Schweinefleisch, eine

Gefährdung der Gesundheit der österreichischen Bevölkerung und der Preisverfall der österreichischen Schweinepreise verhindert wird. Weiters soll die Bundesregierung Sofortmaßnahmen zur Hilfe der durch den Dioxin-Skandal vom Ruin bedrohten Schweinebauern setzen."

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Landwirtschaftsausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 17. Februar 2011 möglich ist.